

## Die Entstehung der Behandlungszentren für Folteropfer am Beispiel von Ulm

Urs M. Fiechtner

Das wahrscheinlich größte Verdienst vieler Kampagnen von Amnesty International liegt oft darin, ein Menschenrechtsthema überhaupt erst in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu bringen und damit eine gesellschaftliche Entwicklung in Gang zu setzen, die ohne einen solchen Anstoß nicht denkbar gewesen wären. Schon die erste weltweite Kampagne, mit der Amnesty nicht nur auf Einzelschicksale aufmerksam machte, sondern erstmals eine weit verbreitete Menschenrechtsverletzung als solche aufgriff, war ein Beispiel dafür: Am 10. Dezember 1972 startete Amnesty die »Campaign Against Torture« mit dem weitreichenden Ziel, »die Folter so undenkbar zu machen wie die Sklaverei«, wie es Sean McBride, der damalige Amnesty-Generalsekretär ausdrückte. In Anspielung darauf wurde das Kampagnenkürzel CAT in der Folge häufig auch als »Campaign for the Abolition of Torture« ausgeschrieben.

Die Resonanz in der Öffentlichkeit war enorm und schwankte zwischen Überraschung und Empörung, denn über die Existenz der Folter hatte es bis dahin kaum öffentliche Debatten gegeben. Für die meisten Menschen damals war Folter ein recht unklarer Begriff. Viele brachten ihn eher mit den Verliesen der Inquisition oder den Kerkern der Gestapo in Verbindung als mit einer Praxis der Gegenwart. In der geteilten Welt des Kalten Krieges machte man Folter – wenn überhaupt – nur der jeweils anderen Seite zum Vorwurf. Doch nun kam Amnesty International und legte einen sorgfältig recherchierten Bericht vor, der die Existenz staatlich angeordneter und systematisch organisierter Folter in über 60 Ländern in Ost und West akribisch belegte. Die Zeitungen waren voll davon. In der Bundesrepublik avancierte der »Bericht über die Folter« (Fischer Taschenbuch Verlag) bald zum Bestseller. 1973 verabschiedete die UNO-Vollversammlung einstimmig eine Resolution gegen Folter, und nach jahrelanger Kampagnenarbeit von Amnesty und anderen Organisationen wurde 1984 endlich die UNO-Antifolterkonvention verabschiedet.

Der Anstoß hatte gewirkt. Aber er funktionierte nicht nur auf den Feldern der Medien oder der internationalen Politik, sondern hatte bald schon ungeahnte Auswirkungen auf die praktische Hilfe für Folterüberlebende. Im Rahmen der Kampagne hatte Amnesty Mediziner dazu aufgerufen, sich mit dem Ruf nach Abschaffung der Folter zu solidarisieren und sowohl Methoden zur wissenschaftlichen Erforschung von Folterfolgen wie auch zur therapeutischen Hilfe zu entwickeln. Der Aufruf stieß auf fruchtbaren Boden: Innerhalb weniger Monate schlossen sich 4000 Ärztinnen und Ärzte aus 34 Ländern zu einem internationalen Netzwerk (Amnesty Health Network, in Deutschland heute vertreten durch das Amnesty-Aktionsnetz Heilberufe) zusammen – vielleicht auch als Gegenreaktion auf die beschämende Nachricht, dass in vielen Ländern Angehörige von Heilberufen mit zu den Tätern gehörten. In einigen Ländern, darunter Schweden, Chile, Griechenland und Dänemark begannen Mediziner-Gruppen mit der systematischen Analyse von Folterfolgen.

In Dänemark entstand daraus 1978 eine Gruppe von Ärztinnen und Ärzten, die sich unter Leitung von Dr. Inge Genefke vor allem der physischen und psychischen Rehabilitation von Folterüberlebenden widmete. Die Arbeit der Gruppe war so erfolgreich, dass sie ab 1982 als eigenständige, unabhängige Organisation eine Abteilung im Nationalen Hospital Kopenhagen aufbauen konnte. Mit diesem nun förmlich etablierten Rehabilitation and Research Centre for Torture Victims (RCT, heute Dignity), das in den Medien häufig als »Amnesty Klinik« bezeichnet wurde, war das weltweit erste Behandlungszentrum für Folteropfer entstanden.

Kopenhagen wurde sehr rasch zum Vorbild. Die Gruppe um Inge Genefke hatte nicht nur wissenschaftlich belastbare Methoden für die Analyse und Behandlung von Folterfolgen entwickelt, sondern gleichzeitig auch bewiesen, dass aus einer kleinen Privatinitiative eine

anerkannte medizinische Institution werden kann. Das Beispiel ging um die Welt: Unter dem Dach des aus dem RCT entstandenen International Rehabilitation Council for Torture Victims (IRCT) sind heute 150 Behandlungszentren in über 75 Ländern der Welt miteinander vernetzt.

Auch in der Bundesrepublik entstanden Ende der siebziger und in den achtziger Jahren Initiativen für die Gründung von Behandlungszentren. Wie in Frankfurt am Main oder Düsseldorf gingen diese Initiativen jedoch meist nicht von der Ärzteschaft aus, sondern von Ehrenamtlichen aus Asylarbeitskreisen, Flüchtlingsräten und Amnesty-Gruppen. Sie reagierten damit auf die steigende Anzahl der Flüchtlinge, die aus Diktaturen und Kriegsgebieten nach Deutschland kamen und hier auf ein unzureichend vorbereitetes Gesundheitssystem stießen. Viele der Flüchtlinge litten unter einer schweren Posttraumatischen Belastungsstörung (PTBS), ohne dass ihnen die niedergelassenen Psychiater und Psychotherapeuten wirksam hätten helfen können. Teils wegen des ohnehin eingeschränkten Zuganges von Flüchtlingen zum deutschen Gesundheitssystem, teils wegen der Sprachbarriere – die Dolmetschergestützte Therapie war noch weitgehend unbekannt und die Krankenkassen weigerten sich damals wie heute, Dolmetscher zu finanzieren. Hinzu kam, zumindest in den Augen erfahrener Amnesty-Mitglieder, dass die erfolgreiche Therapie eines durch Folter und Gewalt gezeichneten Menschen besonderer Kenntnisse bedarf. Das knappe Überleben einer Naturkatastrophe oder eines schweren Unfalls, der überraschende Verlust eines geliebten Menschen und viele andere schreckliche Erfahrungen können einen Menschen über die Grenzen seiner seelischen Belastbarkeit stoßen – aber ein Tsunami oder ein Erdbeben wird ihm nicht planvoll von anderen Menschen zugefügt und demütigt ihn nicht bis ins Mark.

Mit den 1991 einsetzenden Kriegen im ehemaligen Jugoslawien stieg der Druck noch weiter an: Allein aufgrund des Bosnienkrieges flohen zwischen 1992 und 1995 rund 350.000 Menschen nach Deutschland, von denen ein hoher Prozentsatz traumatisiert war – unter ihnen insbesondere Frauen, die im Zuge »ethnischer Säuberungen« Opfer militärisch organisierter Massenvergewaltigungen geworden waren. In Süddeutschland war die Lage besonders desolat. Viele Folterüberlebende hätten lange Reisen auf sich nehmen müssen, um in einer anderen Stadt in therapeutische Behandlung zu kommen, und dies auch noch regelmäßig über Wochen und Monate hinweg, trotz unbezahlbarer Fahrtkosten und trotz der Residenzpflicht für Asylbewerber. Auch die große Region rund um Ulm gehörte dazu. Hier lebten damals rund 10.000 Flüchtlinge, von denen geschätzte 25 Prozent traumatisierte waren. Ein Behandlungszentrum musste her!

Am Anfang bestand die Ulmer Initiative nur aus zwei Amnesty-Mitgliedern. Eine Lehrerin und ein Künstler – beides Berufe, die in der Regel weder mit übermäßigem gesellschaftspolitischen Einfluss noch unbegrenzten Geldmitteln verbunden sind. Was die beiden Initiatoren aber hatten, das war Amnesty: gute Argumente auf der Basis gesicherter Fakten, ein großes Netzwerk erfahrener Menschenrechtsaktivisten und -experten und einen guten Namen, der Türen öffnen kann. Innerhalb nur weniger Monate bildete sich ein Initiativkreis mit Unterstützern aus der Bürgerschaft, aus Kirchen und Parteien, von Amnesty und anderen Organisationen. Die Strategie war einfach: Es musste ein Träger gefunden werden,

der in der Lage war, ein Behandlungszentrum institutionell aufzubauen. Und um ihn zu finden, musste das Thema so breit wie möglich in die Öffentlichkeit getragen werden. Hunderte Veranstaltungen wurden organisiert, parallel dazu fanden Gespräche mit Einrichtungen des Gesundheitssystems und der Wohlfahrtsverbände statt. Wie so oft, wenn man in Deutschland ein sinnvolles Anliegen hat, stieß man allorts auf offene Ohren, aber auf verschlossene Geldbeutel. Angesichts der restriktiven Regelungen des 1993 verabschiedeten Asylbewerberleistungsgesetzes waren die Sorgen groß, die Behandlung von Folteropfern finanziell nicht schultern zu können. Der Initiativkreis erhöhte den

öffentlichen Druck und bekam zudem durch das Amnesty-Aktionsnetz Heilberufe kompetentes ehrenamtliches Personal in Aussicht gestellt.

Schließlich fand sich ein Träger in Gestalt des RehaVereins für soziale Psychiatrie Donau-Alb. Im Januar 1995 konnte das Behandlungszentrum für Folteropfer Ulm (BFU) endlich seine Arbeit aufnehmen, zunächst unter dem ehrenamtlichen Einsatz von 3 Aufnahmeärzten, rund 20 kooperierenden Ärztinnen und Ärzten, Therapeuten, Rechtsanwälten und Sozialarbeitern sowie einigen Dutzend Dolmetschern für die Region rund um die Stadt.

Schon im ersten Jahr waren etwa 100 Klienten in Diagnostik und Therapie, viele von ihnen Kurden aus der Türkei, Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, Flüchtlinge aus Pakistan, Indien und Sri Lanka, dem Nahen Osten sowie aus den GUS-Staaten, Afrika und dem Mittleren Osten. Schon nach einem halben Jahr konnten mit Hilfe des Ulmer Arbeitsamtes 2 Stellen geschaffen und mit einer Ärztin sowie einem Verwaltungsleiter besetzt werden. Doch es wurde schnell klar, dass dies auf Dauer nicht ausreichen würde. Wieder wurde die Öffentlichkeitsarbeit verstärkt, nun mit einem deutlichen Schwerpunkt auf die Werbung von Spenden und Fördererbeiträgen aus der Bevölkerung. Gemeinsam mit dem BFU konzipierte Amnesty Ulm die Wanderausstellung 'Die Würde des Menschen ist unantastbar' und schickte sie gemeinsam mit einem Rahmenprogramm aus Vorträgen, Kulturveranstaltungen und Führungen für Schulklassen auf den Weg durch ganz Deutschland – in immer wieder aktualisierter Form ist sie heute noch unterwegs.

Schon bald gab es regelmäßige Einnahmen durch Förderer, Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbände. Anfang 1996 erfolgten erste Versuche, über das Bundessozialhilfe- und das Asylbewerberleistungsgesetz ärztliche Leistungen für Folteropfer erstattet zu bekommen – sogar mit Hilfe des baden-württembergischen Sozialministeriums, das eine entsprechende Empfehlung an alle 44 Landkreise des Landes schickte. Direkte Zuschüsse vom Bund oder von den Ländern Bayern und Baden-Württemberg gab es aber nicht.

Der ewige Kampf um die Finanzierung der Arbeit blieb der ständige Begleiter des BFU, wie auch fast aller anderer Behandlungszentren. Immer wieder mussten Krisen überstanden oder mit vereinten Kräften eine bevorstehende Schließung abgewendet werden. Dennoch war es möglich, vor allem mit der Hilfe von Amnesty und aus einem großen Unterstützerkreis, die Arbeit immer weiter auszubauen. Heute arbeiten über 30 Personen für das BFU, die überwiegende Mehrheit als Honorarkräfte auf Stundenbasis. Nach jahrelangen politischen Auseinandersetzungen gibt es nun einen Zuschuss des Landes Baden-Württemberg, der knapp ein Drittel der jährlichen Kosten auffängt. Hinzu kommen Kommunen, kirchliche Mittel, die Beiträge von Spendern und Förderern und die Unterstützung von Amnesty. Ein Förderverein für das BFU, der 2010 auf Initiative von Amnesty-Mitgliedern gegründet wurde, kümmert sich zusätzlich um Spenderwerbung.

Nachdem das BFU in den vergangenen 25 Jahren mehrere Male vor der Schließung stand, ist die finanzielle Not inzwischen etwas gelindert, die Therapieplätze für über 150 Klienten/innen pro Jahr sind halbwegs abgesichert. Aber die Warteliste derer, denen vorläufig aufgrund der begrenzten Kapazitäten keine Therapie angeboten werden kann, ist lang. Und sie wird länger werden, weil sich mit den steigenden Flüchtlingszahlen auch der Bedarf an Therapieplätzen erhöht. Deshalb müssten dringend neue Stellen geschaffen werden.

Zurzeit werden Folter- und Gewaltüberlebende aus über 20 Ländern im BFU behandelt. Ein größerer Anteil kommt aus Afghanistan, aus Nigeria und aus der Türkei, gefolgt von Flüchtlingen aus den Balkanstaaten, Iran, Pakistan, Irak, Syrien, Tschetschenien, Russland, Georgien, Kongo, Togo, Uganda, Sierra Leone, Algerien, Gambia und Kolumbien. In gewisser Weise sind Behandlungszentren für Folter- und Gewalttraumatisierte ein Spiegel der Krisenherde unserer Zeit, aber einer, der nicht unmittelbar, sondern mit Verzögerung

sein Bild zeigt. Viele Traumatisierte benötigen Zeit, bis sie bereit sind, Hilfe anzunehmen. Oder bis sich ein Sozialarbeiter, ein Arzt, ein Rechtsanwalt, ein Verwandter, ein Freund oder ein ehrenamtlicher Helfer findet, der sie an ein Zentrum vermittelt. Und manchmal kann es Jahre dauern, bis jemand bereit ist, seine Geschichte zu erzählen.

Es ist vielleicht die eigentliche Tragik der in Deutschland immer wiederkehrenden Debatten über Flüchtlinge, dass zu wenig über deren Geschichten gesprochen wird. Manchmal, weil man ihnen nicht zuhören will oder kann, und manchmal, weil sie so Unausprechliches erlebt haben, dass sie es nicht aussprechen können. Sehr wahrscheinlich wird jeder, der schon einmal praktische Erfahrungen in der Flüchtlingsarbeit gesammelt hat, irgendwann auf den Gedanken gekommen sein, dass es in Deutschland wohl viel weniger Ausländerfeindlichkeit gäbe und ganz gewiss keine Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte, wenn die einen fähig wären zuzuhören und die anderen fähig wären zu erzählen. Auf Folter- und Gewaltüberlebende trifft dies ganz besonders zu: Wenn sie verstummen, muss jemand an ihrer Stelle sprechen.

Das BFU hat diesen Gedanken aufgenommen und seine Öffentlichkeitsarbeit in den vergangenen Jahren immer stärker auf die Anliegen der Menschenrechtsbildung ausgerichtet. In Zusammenarbeit mit Amnesty Ulm werden jährlich bis zu 100 Veranstaltungen in der Jugend- und Erwachsenenbildung in ganz Süddeutschland vermittelt oder organisiert. Damit ist das BFU inzwischen zu einer gewichtigen Stimme der Verstummten geworden.

Inzwischen ist das BFU 25 Jahre alt geworden. Gefeierte wird aber nicht: Die Feier sparen wir uns auf für den Tag, an dem solche Einrichtungen überflüssig geworden sind, für den Tag, an dem Folter endlich so »undenkbar« geworden ist, wie es schon die erste Antifolterkampagne von Amnesty angestrebt hatte. Das wird noch eine Weile dauern.

Aber es wird ganz sicher schneller gehen, wenn noch mehr Menschen als bisher sich bereit finden, an der Arbeit für die Durchsetzung der Menschenrechte und die Verteidigung der Menschenwürde teilzunehmen. Wenn noch mehr Menschen sich der Kampagne gegen Folter anschließen. Wenn noch mehr Menschen sich für den Schutz von Flüchtlingen einsetzen. Und wenn noch mehr Menschen die Arbeit der Behandlungszentren für Folteropfer in Deutschland unterstützen.

Lange bevor die Menschenrechtsorganisationen und –projekte unserer Zeit entstanden, hatte ein Augsburger Autor namens Bertold Brecht schon auf den Punkt gebracht, was heute unsere tägliche Erfahrung ist: „Unsere Niederlagen beweisen nichts, als dass wir zu Wenige sind, die gegen die Gemeinheit kämpfen.“

Ja, so ist es tatsächlich. Und deshalb ist die Lösung auch eigentlich ganz einfach – aus den „zu Wenigen“ müssen eines Tages überwältigend Viele werden. Und dann werden wir feiern können.

Der Beitrag ist mit freundlicher Genehmigung entnommen aus:  
Fiechtner/Drößler/Bercher/Schlichenmaier (Hg.): Verteidigung der Menschenwürde. Die Arbeit des Behandlungszentrums für Folteropfer Ulm, Edition Kettenbruch, Ulm/Stuttgart/Aachen 2015, 264 Seiten, E-Book und Printbook bei epubli.